

Bericht

des Innenausschusses

über die Drucksache

**21/12342: Zeit zu handeln! Einführung einer Ausweis- und Kennzeichnungspflicht von Polizeibediensteten
(Antrag DIE LINKE)**

zusammen mit

**21/12343: Individuelle Kennzeichnungspflicht für die Polizei bei geschlossenen Einsätzen
(Antrag FDP)**

Vorsitz: **Ekkehard Wysocki**

Schriftführung: **Antje Möller**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 21/12342 und 21/12343 wurden dem Innenausschuss auf Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN durch Beschluss der Bürgerschaft vom 28. März 2018 überwiesen.

Der Innenausschuss beschloss am 12. April 2018 auf Antrag des FDP-Abgeordneten einstimmig eine Anhörung gemäß Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO), die am 15. Juni 2018 durchgeführt wurde.

Am 4. September 2018 befasste sich der Ausschuss abschließend mit den Drucksachen.

II. Beratungsinhalt

Beratungen am 15. Juni 2018

Das Wortprotokoll des Innenausschusses (Ausschussprotokoll Nummer 21/29, Seiten 3 – 51) kann nach seiner Fertigstellung über die Internetadresse der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter www.buergerschaft-hh.de/parldok aufgerufen oder in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden.

Beratungen am 4. September 2018

Das Wortprotokoll des Innenausschusses (Ausschussprotokoll Nummer 21/30, Seiten 6 – 32) kann nach seiner Fertigstellung über die Internetadresse der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter www.buergerschaft-hh.de/parldok aufgerufen oder in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden.

III. Ausschussempfehlung

Der Innenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft

1. *mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD, CDU, GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung des Abgeordneten der FDP, den Antrag aus der Drs. 21/12342 abzulehnen,*
2. *mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD, CDU, GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der Abgeordneten der LINKEN und FDP, den Antrag aus der Drs. 21/12343 abzulehnen und*
3. *mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Abgeordneten der CDU und AfD bei Enthaltung der Abgeordneten der LINKEN und FDP, folgendes Ersuchen zu beschließen:*

Der Senat wird ersucht,

1. *ein Gesetz zur Einführung einer individualisierten, anonymisierten Kennzeichnung der Landesbereitschaftspolizei in geschlossenen Einsätzen vorzulegen, und darüber hinaus in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, dass für die zukünftig individuell gekennzeichneten Polizeibeamten die Möglichkeit zur Einrichtung einer Auskunftssperre sowie einer Regelung zur Übernahme von Rechtsschutzkosten durch den Dienstherrn geschaffen wird,*
2. *die Erfahrungen und Erkenntnisse mit der Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete in dem Erprobungszeitraum von zwei Jahren zu evaluieren und*
3. *die Ergebnisse der Evaluation in einem Bericht zusammenzufassen und der Bürgerschaft spätestens bis Mitte des Jahres 2021 vorzulegen.*

Antje Möller, Berichterstattung